

Manuela Boatcă\*

## Wann war die Dekolonisierung?

### Denk-Zettel aus der Karibik

**Zusammenfassung:** Der Artikel diskutiert am Beispiel der Karibik einige der Paradoxien der (De-)Kolonisierung im 21. Jahrhundert als Kennzeichen eines ungleichen modernen/kolonialen Weltsystems, für die es bisher nur rudimentäre globale Lösungen gibt. Die Karibik umfasst bis heute Überseegebiete, die administrativ zu den USA gehören, sowie über ein Drittel der Territorien, die immer noch von europäischen Staaten regiert werden. Vergessene europäische Grenzen noch kolonisierter europäischer Territorien in der Karibik und der Verkauf von Staatsbürgerschaftsrechten im Falle unabhängiger karibischer Gebiete verkomplizieren das Narrativ einer abgeschlossenen administrativen Dekolonisierung. Sichtbar werden solche Paradoxien häufig erst in Krisensituationen, etwa angesichts sogenannter Naturkatastrophen oder politischen Entscheidungen wie dem Brexit. Sie zeigen, dass die Kolonialität der Macht sowohl in ehemals kolonisierten als auch in noch besetzten Gebieten Abhängigkeit herstellt.

**Schlagwörter:** Kolonialität, Dekolonialisierung, Karibik, Staatsbürgerschaft, Abhängigkeiten, Brexit

## When was the colonisation?

### A lesson from the Caribbean

**Abstract:** Using the example of the Caribbean, this article discusses some of the paradoxes of (de)colonisation in the 21st century as characteristics of an unequal modern/colonial world-system, for which there have so far only been rudimentary global solutions. To date, the Caribbean contains overseas territories that administratively belong to the United States, as well as over a third of the territories that are still governed by European countries. Forgotten European borders of still-colonised territories in the Caribbean, and the sale of citizenship rights in the case of independent Caribbean areas complicate the narrative of completed administrative decolonisation. Such paradoxes often only become visible in crisis situations, as in the face of so-called natural disasters or political decisions such as Brexit. They show that the coloniality of power creates dependency in both formerly colonised and areas which are still occupied today.

**Keywords:** Coloniality, decolonisation, citizenship, dependencies, Brexit, Caribbean

---

\* **Manuela Boatcă** lehrt Soziologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Lateinamerikanische Dependenztheorien haben in den 1960er und 1970er Jahren die ersten Analysen der politischen Ökonomie globaler Ungleichheiten vorgelegt. Ausschlaggebend für ihre globale Analyse war die Kritik an der internationalen Arbeitsteilung als asymmetrische Zentrum-Peripherie-Struktur, die auf die europäische Kolonisierung zurückzuführen ist und die Ausbeutung von Ressourcen ehemals kolonisierter Gebiete prägt. Die dafür präsentierten wirtschaftspolitischen Lösungen hatten jedoch die nationale, nicht die globale Ebene im Blick. Als Ausweg aus der kapitalistischen Systemlogik, die für diese strukturellen Ungleichheiten verantwortlich war, wurden oftmals (nationale) sozialistische Revolutionen angesehen. Die kubanische Revolution diente dabei als paradigmatisches Beispiel für eine erfolgreiche Entkopplung vom globalen kapitalistischen System und als politische Perspektive für den anschließenden Abbau bestehender (nationaler) Ungleichheiten jenseits des globalen Kapitalismus. Damit stehen die politischen Lösungsvorschläge für die Unterentwicklung Lateinamerikas bei den meisten Dependenztheoretiker\*innen (vgl. Frank 1969; Cardoso 1985: 139; Marini 1969: 65; Vitale 1969: 90) allerdings mit ihrem Anspruch im Widerspruch, (Unter-)Entwicklung als einen globalen Prozess zu analysieren.

Dekoloniale Perspektiven, die in der Regel auf Dependenztheorien aufbauen, gehen hingegen davon aus, dass eine Entkopplung von der kapitalistischen Logik der unbegrenzten Mehrwertakkumulation nur durch eine umfassende Systemtransformation mög-

lich ist, die neben der administrativen Dekolonisierung auch die politische, ökonomische und epistemische umfasst. In den Arbeiten von Aníbal Quijano, der in den 1960er Jahren zu den Dependenztheoretiker\*innen gehörte und gegenwärtig eine zentrale Figur der Dekolonialität ist, wird diese Mehrdimensionalität globaler Lösungen besonders deutlich. Sein Begriff der »Kolonialität der Macht« (Quijano 2016), der das Fortbestehen von kolonialen Hierarchien nach dem formalen Ende der administrativen Kolonisierung offenlegt, war für dekoloniale Perspektiven von Anfang an wegweisend. Als Kehrseite und notwendige Voraussetzung der Moderne stellt Kolonialität für Quijano eine Machtbeziehung zwischen (kolonialen) Zentren und (kolonisierten) Peripherien dar, die mit der Eroberung der Amerikas im 16. Jahrhundert entstanden ist. Während jedoch die administrative Kolonisierung in besetzten Gebieten mit der Erlangung der Unabhängigkeit endet, besteht Kolonialität auch dort in Form von politischen und sozialen Hierarchien, ökonomischen Abhängigkeiten und epistemischer Gewalt gegenüber ehemals Kolonisierten fort (Quijano 2016; Mignolo 2007, Castro-Gómez 2002). Dekolonialität stellt dementsprechend den politischen Horizont dar, der eine Dekolonisierung auf allen diesen Ebenen bewirkt und somit zu einer radikalen Transformation des kapitalistischen Systems beiträgt.

Allerdings lassen Dependenztheorien wie auch die meisten dekolonialen Ansätze die Tatsache außer Acht, dass die administrative Dekolonisierung der Welt noch nicht abgeschlossen ist und

weiterhin massive Abhängigkeiten nach erkennbaren kolonialen Mustern herrschen. Im Folgenden werden am Beispiel der Karibik einige der Paradoxien der (De-)Kolonisierung im 21. Jahrhundert als Kennzeichen eines ungleichen modernen/kolonialen Weltsystems (Mignolo 2000) diskutiert, für die es bisher nur rudimentäre globale Lösungen gibt. Entgegen der in der Literatur weit verbreiteten Annahme, dass es einen zwingenden geschichtlichen Verlauf vom Status als Kolonie zum Nationalstaat gibt, streben viele noch abhängige Gebiete in der Karibik heute keine formelle Unabhängigkeit an. Nach Jahrhunderten der kolonialen Abhängigkeit würden sie damit zwar eine eigene Flagge, aber keine nennenswerte wirtschaftliche oder politische Autonomie erhalten. Zudem würden sie die Mobilitätsvorteile aufgeben müssen, über die sie gegenwärtig dank ihrer europäischen oder US-amerikanischen Staatsbürgerschaft verfügen. Wie wichtig internationale Mobilität ist, zeigen auch die heute unabhängigen Gebiete in Karibik, die sich für eine eigene Flagge entschieden haben, jedoch ihre ehemalige Abhängigkeit von Großbritannien zur eigenen Entwicklungsstrategie haben werden lassen – über die Vermarktung von Commonwealth-Staatsbürgerschaft mit Migrationsvorteilen. Sichtbar werden solche Paradoxien der Dekolonisierung in der Karibik häufig erst in Krisensituationen, etwa angesichts sogenannter Naturkatastrophen oder politischen Entscheidungen wie dem Brexit. Sie zeigen, dass die Kolonialität der Macht Situationen von Abhängigkeit herstellt – sowohl in ehemals kolonisierten als auch in noch besetzten

Gebieten. Was das für formell abhängige Staaten bedeutet, die bei solchen Entscheidungen kein Mitspracherecht haben, wurde bisher in der Debatte um heutige Abhängigkeiten vernachlässigt.

## **Die Karibik als Labor der Moderne/Kolonialität**

Paradigmatisch für die nicht abgeschlossene administrative Dekolonisierung und den damit einhergehenden Folgen ist die Karibik, da sich in dieser Region heute noch sowohl Überseegebiete befinden, die administrativ zu den USA gehören (Puerto Rico, US-Jungfernseln) als auch über ein Drittel der Territorien, die von europäischen Staaten beansprucht werden (britische Jungfernseln, die niederländischen ABC-Inseln Aruba, Bonaire und Curaçao, die französischen Überseedepartements Guadeloupe und Martinique). Die Karibik war die erste Region, die von europäischen Mächten kolonisiert wurde. Damit war sie das Eingangstor zur Eroberung der Amerikas und zugleich Schauplatz des verheerendsten Genozids, der durch die europäische Kolonialexpansion an der indigenen Bevölkerung verursacht wurde. Weltweiten Pioniercharakter hatte die Dekolonisierung in der Karibik durch die haitianische Revolution in den Jahren 1791 bis 1804. Die Region als ganze war jedoch die letzte weltweit, die eine – bis heute nicht abgeschlossene – Dekolonisierungswelle erlebt hat. Damit hat die Karibik die längste Geschichte kolonialer Verflechtungen mit Europa. Als solche hat sie sowohl das Angebot als auch die Nachfrage nach Arbeitskraft der europäischen und später US-ameri-

kanischen Zentren der Weltwirtschaft abwechselnd bedient.

Zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert wurden 12,5 Millionen Afrikaner\*innen versklavt, in die amerikanischen Kolonien verschleppt und dort in Goldminen sowie auf den Zuckerrohr-, Kaffee- und Baumwollplantagen ausgebeutet. Ihre unfreie Arbeit und die ihrer Nachkommen bildete die Basis von weltmarktführenden kapitalistischen Plantagenökonomien. Dependenz- und Weltsystemtheoretiker\*innen haben unter anderem herausgearbeitet, wie die Konstruktion ethnischer Hierarchien in der Region die koloniale Arbeitsteilung zu rechtfertigen half und zur Konsolidierung einer sozialen Schichtung auf der Grundlage der Stellung von rassifizierten und ethnisierten Gruppen innerhalb dieser Arbeitshierarchie führte: Aus Afrika verschleppte Schwarze wurden als Sklaven eingesetzt, Indigene in verschiedenen Formen von Zwangsarbeit und Naturalpacht, während weiße Europäer\*innen der Arbeiterklasse als Vertragsarbeiter\*innen angeheuert wurden (Quijano/Wallerstein 1992). Zum anderen haben Weltsystemansätze gezeigt, dass karibische Plantagensysteme von Anfang an moderne, agroindustrielle Unternehmen waren, die erst aufgrund der neuen Konsumgewohnheiten westeuropäischer Industriearbeitende und Mittelstände entstanden waren und für die Plantagenbesitzende sowie für die industrielle Kapitalistenklasse in den Metropolen enorme Profite erwirtschafteten (Mintz 1978; Tomich 1991). Produktion und Konsumtion waren auf den Zuckerrohrplantagen

genauso voneinander getrennt wie die Arbeiter\*innen von den Produktionsmitteln. Eine strikte Arbeitsteilung garantierte die Effektivität. Da die Erzeugnisse der unfreien Arbeit im Übersee zunehmend zu wichtigen Nahrungszusätzen wurden, die signifikant zur Produktivitätssteigerung der europäischen freien Arbeiter\*innen beitrugen, waren laut Sidney Mintz schwarze karibische Versklavte und weiße westliche Proletarier\*innen schließlich nicht nur eng miteinander verbunden, sondern voneinander abhängig (Mintz 1978).

Nach Abschaffung der Sklaverei importierte die Karibik erst Vertragsarbeiter\*innen aus China, Indien oder den Philippinen, nach dem Zweiten Weltkrieg migrierten Arbeitnehmer\*innen aus der Karibik mit europäischen und US-amerikanischen Staatsbürgerschaften. Tausende Arbeiter\*innen aus europäisch besetzten Gebieten wurden ab 1945 von Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich rekrutiert, um deren nationalen Wirtschaften wiederaufzubauen; ebenso viele aus US-amerikanischen Gebieten stellten wiederum die billige Arbeitskraft, die den Nachkriegsboom der US-Wirtschaft stützte (Grosfoguel u.a. 2009: 4). Die Karibik ist damit auch die periphere Region mit den ausgeprägtesten Abhängigkeiten von den Zentren des modernen/kolonialen Weltsystems. Bei der (Re-)Produktion dieser Abhängigkeiten spielten Ströme freiwilliger oder erzwungener Arbeitsmigration und die Frage nach der Staatsbürgerschaft eines Zentrum- oder Peripheriestaates immer wieder bedeutende Rollen.

Diese unterschiedlichen Kolonialgeschichten, politischen Herrschaftssysteme und nationalen Ideologien karibischer Gebiete haben sehr verschiedene Wege in die Unabhängigkeit und damit unterschiedliche Dekolonisierungshorizonte zur Folge gehabt: auf Saint Domingue erkämpften Versklavte durch eine Revolution um 1804 die erste Unabhängigkeit in den Amerikas und gaben dem neuen Staat den indigenen Namen Haiti (Ayiti in der Sprache der Taíno). Kuba erlangte 1898 seine Unabhängigkeit von Spanien durch einen langen Kampf der Mambises, einer Allianz zwischen Versklavten, freien Schwarzen und kreolischen Eliten. Die meisten britischen Kolonien in der Karibik erreichten ihre Unabhängigkeit in den 1960er Jahren, andere wie St. Kitts und Nevis sowie Dominica erst in den 1980er und 1990er Jahren (Rauhut/Boatcă 2019). Die meisten Gesellschaften der Karibik sind bis heute keine souveränen Staaten, sondern befinden sich auf einem Kontinuum zwischen dem Status einer Kolonie und fragmentierter oder partieller Unabhängigkeit, was für ihre Bevölkerungen mit eingeschränkten zivilen und politischen Rechten einhergeht (Bonilla 2015).

Seit 2014 fordern ehemalige britische Kolonien auf der Basis eines Zehn-Punkte-Plans die Regierungen ehemaliger europäischer Kolonialmächte dazu auf, Reparationen für die langfristigen Folgen von Sklaverei und kolonialer Beherrschung zu leisten (Caricom Reparations Commission 2014). In ihrer Agenda wird argumentiert, dass die europäischen Kolonialmächte die karibischen Länder, auch lange nach dem Ende der Sklaverei, unterentwickelt und techno-

logisch schlecht vorbereitet in die Unabhängigkeit entlassen haben. Die neuen Regierungen wurden alleine gelassen mit dem Druck, in kurzer Zeit eine nationale Bildungs- und Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die die Folgen der 350 Jahre dauernden Sklaverei und Kolonialzeit effektiv bekämpfen sollten. Es gab in den 1960er Jahren Länder mit bis zu 70 Prozent Analphabetentum, kaum vorhandene nationale Industrien oder Landwirtschaft, es fehlten ausgebildete Fachkräfte, eine Infrastruktur an Wohnraum, Straßennetz, Energie- und Wasserversorgung. Karibische politische Eliten waren somit gezwungen, zu schlechten Bedingungen Kredite der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) anzunehmen, wodurch die Abhängigkeit von Metropolen und transnationalen Konzernen noch verstärkt wurde. Die dadurch verursachte und bis heute nicht zu bewältigende Schuldenfalle ist der Grund dafür, dass in der Agenda für Reparationen explizit ein allgemeiner Schuldenschnitt gefordert wird (Rauhut/Boatcă 2019: 99). Auch im politischen Sinne handelt es sich allenfalls um formelle, aber partielle Unabhängigkeiten, was karibische Sozialwissenschaftler\*innen auch als *flag independence* bezeichnet haben – d.h. die Unabhängigkeit beschränkt sich auf die Verwendung formeller nationaler Symbole wie Flagge, Nationalhymne oder nationaler Feiertage (Knight/Palmer 1989). Wichtige Entscheidungen würden dagegen weiterhin in den Zentren ehemaliger europäischer Kolonialmächte und den USA getroffen (Lewis 2013).

Die nicht abgeschlossene – oder schlichtweg nicht erfolgte – adminis-

trative Dekolonisierung ist weiterhin buchstäblich richtungsweisend. Sie gibt die Richtung der Migration geradezu vor. In den noch kolonisierten Gebieten der Karibik wie Puerto Rico, Guadeloupe oder Martinique nutzen Staatsangehörige (mit ausreichenden finanziellen Ressourcen) ihre US- oder Staatsbürgerschaft der Europäischen Union (EU) dazu, um in die Metropole zu migrieren und um allgemein international mobil zu sein, da ein US- oder EU-Pass viele Möglichkeiten für visafreies Reisen gewährt. Im weltweiten Vergleich bieten Pässe der EU-Länder, neben denen der USA, der Schweiz und Japans die meisten visafreien Reiseoptionen (Henley & Partners 2019). Diese Vorteile im Hinblick auf globale Mobilität untergraben gleichzeitig das Streben der noch kolonisierten Gebiete nach Unabhängigkeit, ein Schritt, der zu einem Verlust von Mobilitätsvorteilen sowie von Zuschüssen aus der jeweiligen Metropole führen würde. In dem Falle, dass die Unabhängigkeit bereits beschlossen wurde und in naher Zukunft erfolgen soll, werden solche Vorteile sogar »gehörtet«. Dies wurde für die postkolonialen Migrationsströme zwischen mehreren westeuropäischen Ländern und ihren ehemaligen Kolonien oder gegenwärtigen überseeischen Departements sowie für die USA und ihre »Protektorate« dokumentiert: Die Angst, die niederländische Staatsbürgerschaft zu verlieren, hat zu einem beispiellosen Anstieg der surinamischen Migration in die Niederlande in den Jahren vor der Unabhängigkeit (1974/1975) geführt. Dieselbe Angst ist seitdem der Hauptgrund für den mangelnden po-

litischen Druck für Unabhängigkeit in der niederländischen Karibik (Van Amersfoort/Van Niekerk 2006). Ebenso löste die Ausweitung der US-Bürgerrechte auf die Bevölkerung aller karibischen Kolonien nach dem Zweiten Weltkrieg einen massiven Transfer von Arbeitsmigrant\*innen aus der Karibik in die USA aus (Grosfoguel u.a. 2009).

Im Gegensatz dazu sind unabhängige karibische Gebiete wie St. Kitts und Nevis, Dominica, Antigua und Barbuda und neuerdings auch Grenada und St. Lucia oft unmittelbar nach Erlangung der formellen Unabhängigkeit dazu übergegangen, ihre Staatsbürgerschaft auf dem globalen Markt zu verkaufen. Dabei wird der Residualvorteil einer britischen Commonwealth-Staatsbürgerschaft als Entwicklungsstrategie genutzt: Wohlhabenden Investoren mit unvorteilhaftem Pass aus einem (semi-)peripheren Land wie China oder Russland werden durch den Erwerb der Staatsbürgerschaft eines britischen Commonwealth-Mitglieds globale Mobilitätsvorteile im Tausch gegen eine beträchtliche Investition von mehreren hunderttausend Euro angeboten (Boatcă 2016). Durch die Beibehaltung kolonialer Staatsbürgerschaftsformen in den noch europäisch und US-amerikanisch besetzten Gebieten einerseits und die derzeitige Kommodifizierung der Commonwealth-Staatsbürgerschaft in ehemaligen britischen Kolonien der Karibik andererseits verkörpert die Region die Dialektik von Moderne/Kolonialität auf eindruckliche Weise.

Sogenannte Investor-Citizenship-Programme, auch ökonomische Staatsbürgerschaften genannt, ermöglichen es einer wohlhabenden, überwiegend

männlichen, nicht-westlichen Minderheit, von immer mehr Commonwealth-Mitgliedstaaten in der Karibik die zweite Staatsbürgerschaft zu erwerben, wenn sie eine beträchtliche Investition in Immobilien oder Staatsanleihen tätigt. Solche Programme, die unmittelbar nach der Unabhängigkeit von Großbritannien in St. Kitts und Nevis (1984) sowie in Dominica (1993) initiiert wurden, wurden nach der globalen Rezession von 2008 in formell unabhängigen karibischen Ländern entweder überarbeitet oder in großem Umfang umgesetzt. Sie bieten Anleger\*innen das Recht, ohne Visum in Zentralländer zu reisen, die Staatsbürgerschaft eines Commonwealth-Mitgliedstaats zu bekommen und von der Einkommensteuer befreit zu sein. Ihre Hauptnutznießer\*innen waren bislang chinesische, russische, aber auch libanesisch, ägyptische und syrische Investor\*innen, deren Pässe keinen visafreien Zugang zu den USA oder Europa erlauben. Anders als bei älteren Aufenthalts- und Greencard-Programmen in den USA, Kanada oder Australien müssen die Begünstigten bei Investor-Citizenship-Programmen nicht in das Land ziehen oder dort regelmäßig Zeit verbringen. Investor\*innen umgehen daher häufig den eigentlichen Migrationsprozess insgesamt. Stattdessen verwenden sie die »Staatsbürgerschaftsprämie« für Geschäfts- und Reisezwecke sowie dazu, ihre Kinder auf europäische Eliteschulen, insbesondere nach Großbritannien, zu schicken (Boatcă 2016).

Laut der privaten britischen Beratungsfirma Henley & Partners, die einen jährlichen Passport Index erstellt,

stellen die Staatsbürgerschaftsprogramme in ehemaligen britischen Kolonien mit visafreiem Zugang zu etwa 150 Ländern<sup>1</sup> – darunter die gesamte EU, USA und in den meisten Fällen auch Kanada – sehr attraktive und vor allem »günstige« Alternativen auf einem globalen Markt dar. Während karibische Staaten ihre Commonwealth-Staatsbürgerschaft bis vor kurzem für etwa 200.000 Euro gegen Investitionen verkauften, kostet ein österreichischer Pass, der die visafreie Einreise in 185 Länder gewährt, etwa zehn Millionen Euro, ein maltesischer mit Zugang zu 182 Ländern, immerhin eine Million Euro (Henley & Partners 2019). Dabei ist es unerheblich, dass das österreichische Staatsbürgerschaftsprogramm, das seit 1985 besteht und nach Kritik an seiner Intransparenz 2014 überarbeitet wurde, an nur einige Dutzend Individuen pro Jahr verliehen wird (Statistik Austria 2019). Wie Maltas Regierung bei der Einführung des eigenen Programms argumentiert hat, geht es hier um das – nach dem Vorbild karibischer Länder eingeführte – Prinzip, dass souveräne Staaten eigene, gegebenenfalls auch finanzielle Kriterien, für die Vergabe von Staatsbürgerschaftsrechten festlegen dürfen, ohne Einmischung von außen fürchten zu müssen<sup>2</sup>.

1 Nach Ländern aufgeschlüsselt gewähren die Programme visafreien Zugang zu 151 Ländern im Falle von St. Kitts & Nevis, 150 für Antigua & Barbuda, 145 für St. Lucia, 143 für Grenada und 137 für Dominica.

2 Es handelt sich in allen genannten Fällen um offizielle Programme für Staatsbürgerschaft durch Investition. Auf die Gefahr, dass diese legale Möglichkeit auch kriminell genutzt wird, hat unlängst Transparency

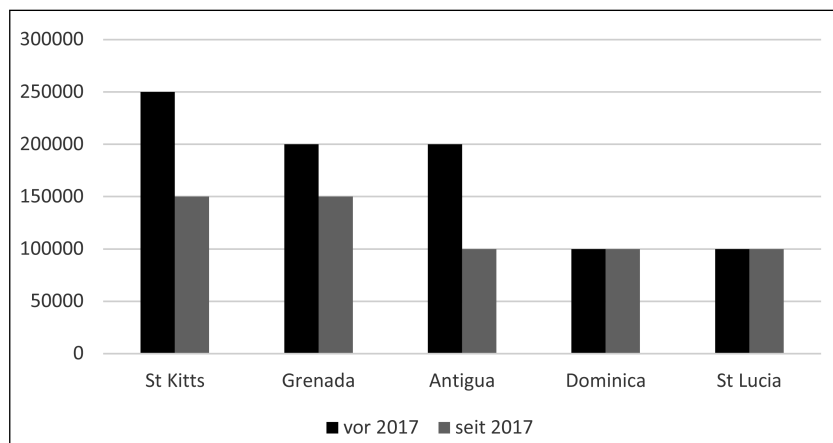


Abb. 1: Preise für Staatsbürgerschaft durch Investition vor und nach 2017; Quelle: Best Citizenships 2019; eigene Darstellung.

Seit eine Reihe verheerender Hurrikane die Karibik im Jahr 2017 heimgesucht hat, haben diejenigen unabhängigen karibischen Staaten, die ihre Staatsbürgerschaft für Investitionen zur Verfügung stellen, ihre Preise drastisch gesenkt, um Soforthilfemittel aufzubringen. Das hat einen weltweiten Dominoeffekt ausgelöst, durch den die Preise für Staatsbürgerschaft durch Investition zum Teil um die Hälfte gesenkt wurden (siehe Abbildung 1).

Länder außerhalb der EU, die ihre ökonomischen Staatsbürgerschaftsprogramme nach 2017 eingeführt haben, so wie die Republik Moldawien, reihen sich notwendigerweise in das dadurch ausgelöste *race to the bottom* ein, indem sie die karibischen Pro-

gramme weiter unterbieten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Sie bewerben ihre eigenen Programme explizit damit, dass sie »zehnmal billiger sind als auf Malta und auch billiger als in St. Kitts und Grenada« (Corpocrat 2018). Die internationale Migration wird dadurch weiterhin nur für die kleine Minderheit wohlhabender Investor\*innen erleichtert, während sie Arbeitsmigrant\*innen und Geflüchteten, die nicht über diese finanziellen Mittel verfügen, zunehmend erschwert wird. Zwischen Juli 2018 und Juni 2019 wurde in Dominica 2.100 Investor\*innen die Staatsbürgerschaft gewährt – eine neue Rekordzahl (Investment Migration Insider 2019). Spitzenreiter in der Region ist jedoch über die letzten 35 Jahre gesehen St. Kitts und Nevis, das weltweit über das älteste Programm verfügt und das seit seiner Einführung im Jahre 1984 knapp 20.000 Investor\*innen die Staatsbürgerschaft gewährt hat (siehe Abbildung 2).

International (2018) hingewiesen, jedoch haben supranationale Institutionen keine Entscheidungsgewalt über die Vergabe von Staatsbürgerschaft durch die einzelnen Nationalstaaten.



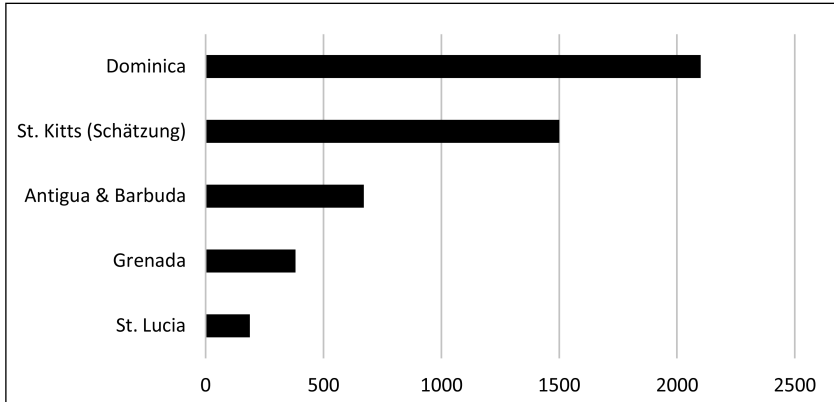


Abb. 2: Anzahl bewilligter Anträge auf Staatsbürgerschaft in der Karibik, 2018-2019; Quelle: Investment Migration Insider 2019; eigene Darstellung.

## Spätfolgen der Plantagen-ökonomie

Die Zuordnung abhängiger Gebiete zu Nationalitäten von Zentrumsländern macht, zusammen mit Maßnahmen wie der »Rabattierung« von Staatsbürgerschaftspreisen nach Umweltschäden in formell unabhängigen Gebieten, nicht nur globale Dependenz deutlich. Sie verweist indirekt wieder auf die kolonialen Ursachen heutiger Umweltkrisen: Die Plantagenökonomie in der Karibik hat nachweislich durch Rodungen und Entwaldung die Bodenfestigkeit angegriffen und so die Vulnerabilität gegenüber Hurrikanen erhöht. Umwelthistoriker\*innen haben unlängst dargelegt, dass Zuckerrohrplantagen, für die karibische Inseln ab dem 17. Jahrhundert fast vollständig abgeholzt wurden, auch für einen starken Anstieg von Erdbeben verantwortlich sind: »In der gesamten Region scheinen die schwersten Erdbeben nach Hurrikaneinschlägen auf Inseln oder Teilen von Inseln aufgetreten zu sein, auf denen

die Plantagen am weitesten verbreitet waren. Die Antwort darauf, warum solche epiphänomenalen Gefahren in der Karibik besonders häufig waren, hängt davon ab, die Konsequenzen der Ausbreitung von Zuckerplantagen in der Region zu verstehen. Zucker erfordert offenes, flaches Land, und infolgedessen begann mit der Einführung von Plantagen in der gesamten britischen Karibik ein Prozess der Rodung und Entwaldung. Bäume und ihre Wurzeln spielen jedoch eine Schlüsselrolle für Bodenfestigkeit. [...] Besonders dort, wo große Mengen Zuckerrohr gepflanzt wurden, lief der Boden häufig weg und bewegte sich mit ›Gewalt‹ oder ›rutschte herunter‹ bei der ersten längeren Regenzeit, mit der er konfrontiert wurde« (Webber 2019; Übers.: M.B.). Dass diese Entwicklung insbesondere die britische Karibik kennzeichnet, wo alle fünf Inselstaaten angesiedelt sind, die seit den neuesten Hurrikanen ihre Staatsbürgerschaft an Investor\*innen (billiger) verkaufen, ist wiederum kein Zufall.

Programme für ökonomische Staatsbürgerschaft wurden dort mit dem expliziten Ziel eingeführt, den Übergang von Export-Monokulturen der kolonialen Ökonomie zu einer stärker diversifizierten Produktion zu ermöglichen, nachdem die Länder formal unabhängig wurden. In St. Kitts und Nevis, die das erste Programm dieser Art ein Jahr nach Erlangung der Unabhängigkeit von Großbritannien eingeführt hat, musste die Zuckerindustrie, die das Hauptexportgut der Inseln bereitstellte, aufgrund fallender Weltmarktpreise ersetzt werden. Seitdem fließen Investitionen in eine Stiftung, die der Erforschung alternativer Industrien, die die Zuckerproduktion ersetzen sollen, gewidmet ist – dem Sugar Industry Diversification Fund (Dzankic 2012). Die Pressemitteilung der Londoner Reuters-Agentur zur Neuauflage des Programms in St. Kitts erfasste den Zusammenhang zwischen der kolonial geprägten Monokultur und dem Verkauf von Staatsbürgerschaft auf prägnante Weise: »Jahrzehntelang exportierte die Zwei-Insel-Nation von St. Kitts und Nevis Zuckerrohr, um ihre Wirtschaft über Wasser zu halten. Als die Zuckerpreise fielen, begann St. Kitts eine noch süßere Ware zu verkaufen: seine Staatsbürgerschaft« (Reuters 2012).

Für die noch kolonisierten Gebiete der Karibik stellen sich eine eventuelle administrative Dekolonisierung und ihre Migrations- und Staatsbürgerschaftsfolgen nicht minder problematisch dar. So haben die verheerenden Hurrikane Irma und Maria im Jahr 2017 auch den ambivalenten Kolonialstatus von Puerto Rico gegenüber den Vereinigten Staaten und von französischen, britischen und niederländischen sogenannten Regio-

nen in äußerster Randlage und Überseegebieten gegenüber der EU in den Vordergrund gerückt. In den meisten Fällen ist die dadurch erlangte internationale Aufmerksamkeit nur von kurzer Dauer und führt nicht zu einer systematischen Überprüfung oder Infragestellung der Logik der Kolonialität der Erinnerungspolitik (Boatcă 2019), die der mangelnden geopolitischen Sichtbarkeit dieser Gebiete zugrunde liegt.

Ein aussagekräftiges aktuelles Beispiel sind die Brexit-Verhandlungen, für die die Frage der Grenzen von zentraler Bedeutung ist. Sowohl auf EU-Ebene als auch in den Medien drehten sich die Diskussionen über die vom Brexit auferlegten Grenzen um die Probleme, die sowohl an der irischen Grenze als auch in Gibraltar auftreten. Beide können zu Recht als Kolonialgrenzen betrachtet werden, die erst dadurch sichtbar geworden sind, dass ihr ambivalenter Status nach dem Brexit Migrations-, Zoll- und Handelschaos auszulösen droht. Gleichzeitig durften die britischen Überseegebiete, die kein Teil der EU sind, deren Einwohner\*innen jedoch die britische Staatsbürgerschaft haben, im Referendum nicht mitabstimmen. Die in den britischen Überseegebieten entstehende harte Grenze war noch nicht Gegenstand der Brexit-Verhandlungen, obwohl ihre Vertreter\*innen in London wiederholt darauf gedrängt hatten. Anguilla, ein britisches Territorium seit 1650 und die älteste Kolonie Großbritanniens, grenzt über einen eigenen Ärmelkanal in der Karibik – den Anguilla-Kanal – an Überseegebiete Frankreichs und der Niederlande und ist sowohl für den Handel als auch für den Transport von diesen beiden EU-

Territorien abhängig: Flüge nach Anguilla können nur auf der niederländischen Insel Sint Maarten landen, während der einzige Frachthafen, über den Anguilla die meisten Waren erhält, im französischen Teil der Insel, St. Martin, liegt.

Die EU ist Anguillas einzige bedeutende Quelle von Entwicklungshilfe und finanziert derzeit Wiederaufbauprojekte nach dem Hurrikan Irma. Diese Mittel würden jedoch nach dem Brexit wegfallen, während Anguillas Bürger\*innen sowohl die EU-Staatsbürgerschaft als auch den uneingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung, Postdiensten und Auslandsreisen verlieren würden, für die sie die EU-Grenze zur Nachbarinsel passieren müssten. Bezeichnenderweise hat die Regierung von Anguilla einen Bericht mit dem Titel »Anguilla & Brexit. Großbritanniens vergessene EU-Grenze« verfasst (Government of Anguilla London Office 2017), in dem auf die verheerenden Folgen für Anguilla nach einem »harten« Brexit aufmerksam gemacht wird. Die britische Regierung ist bislang nicht darauf eingegangen, noch wurden die von Anguillas Vertreter\*innen gemachten Vorschläge bisher offiziell verhandelt. Ähnliche Fragen werden gegenwärtig in Bezug auf andere vom Brexit betroffene Überseegebiete erörtert.

Vor diesem Hintergrund mag es verwundern, dass Anguilla auch die einzige britische Kolonie ist, die jemals darum gekämpft hat, britische Kolonie zu bleiben – anstatt wie geplant zusammen mit St. Kitts und Nevis ab 1983 zu einer unabhängigen Inselföderation zu gehören. Ausschlaggebend war auch hier die Frage der (britischen) Staatsbürgerschaft, deren Verlust die

administrative Dekolonisierung zu einer bloßen »Flaggenunabhängigkeit« hätte werden lassen, bei der jedoch die ökonomischen und politischen Abhängigkeiten weiterbeständen würden. Formelle Unabhängigkeit hätte also zu einer Situation von Kolonialität im Sinne Quijanos geführt, in der sowohl die rassistischen/ethnischen Hierarchien, die während der Kolonialherrschaft entstanden waren, als auch die wirtschaftlichen Abhängigkeiten vom ehemaligen Zentrum in die Zeit nach der Unabhängigkeit übertragen werden und diese unterlegene Position auf jede diplomatische, wirtschaftliche oder geopolitische Verhandlung mit anderen unabhängigen Staaten projiziert wird. Damit bleibt eine umfassende Dekolonisierung weiterhin ungeschlossen.

Mit dieser Entscheidung für einen formellen Status als Kolonie – in offizieller Sprache: »nichtsouveränes britisches Überseegebiet mit innerer Autonomie« – ist Anguilla nicht allein. Das mehrfach gescheiterte Unabhängigkeitsreferendum in Puerto Rico und die Entscheidung der Bürger Mayottes im Indischen Ozean im Jahre 2014 zu einem Überseedepartement Frankreichs statt unabhängig zu werden, haben sich auch immer wieder um Fragen von Staatsbürgerschaft und den damit einhergehenden Mobilitätsvorteilen gedreht. Wichtiger ist jedoch, dass derartige Entscheidungen für »nichtsouveräne Zukünfte« (Bonilla 2015) solchen Situationen von Kolonialität eine Absage erteilten, die auch die Frage der administrativen Dekolonisierung in einem globalen statt in einem nationalen Rahmen gestellt haben: Nach Jahrhunderten der Kolonisierung kann die Unabhängigkeit nicht

nur eine eigene Flagge und einen eigenen, unvorteilhaften Pass bedeuten, also weiterhin partiell sein, sondern muss Reparationen, Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie Technologietransfer und Schuldenerlass seitens der ehemaligen Kolonialherren beinhalten (Caricom Reparations Commission 2014). Gegenwärtig bringen vor allem ehemalige britische Kolonien die Debatte um Reparationsforderungen auf global-politischer Ebene voran, doch sind diese keineswegs auf die anglophone Karibik beschränkt. Reparationen werden auch in der französisch-, spanisch- und niederländischsprachigen Karibik sowie in den jeweiligen Migrationskontexten in Europa in sozialen Mobilisierungen gegen Ungleichheiten und Rassismus öffentlich thematisiert. Aktivist\*innen aus der Karibik vernetzen sich transnational in ihrem Kampf und suchen Anschlüsse zu anderen Gruppen, Aktionsformen und Argumenten (etwa durch Treffen, Workshops und Konferenzen mit Organisationen aus den USA, Südamerika, Europa und Afrika); auch die Ansätze, Ideen und Praktiken von Reparationsforderungen zirkulieren global (Rauhut 2018; Rauhut/Boatcă 2019).

### **Ausblick: Zur Aktualität von Dependenz und (De)Kolonialität**

In Salman Rushdies *Satanischen Versen* bemerkt eine Figur: »Der Ärger mit den Engländern ist, dass ihre Geschichte in Übersee stattfand, sodass sie nicht wissen, was sie bedeutet«. Der Satz hat mehr als einmal postkolonialen Theoretiker\*innen dazu gedient, auf die kolonialen Verflechtungen westlicher Länder aufmerksam zu machen (Bhabha 1990; Prakash

1994). Auch für die hier besprochenen Beispiele – vorwiegend, aber nicht nur aus der britischen Karibik – ist die Bemerkung geeignet: Vergessene Grenzen wie im Falle noch kolonisierter Territorien wie Anguilla und Puerto Rico und der Verkauf von Staatsbürgerschaften im Falle unabhängiger karibischer Gebiete verkomplizieren das Narrativ einer abgeschlossenen administrativen Dekolonisierung. Sie machen die aktuellen Auswirkungen der seit langem bestehenden kolonialen Verflechtungen nicht nur sichtbar, sondern auch lesbar, wenn sowohl die Analyse, als auch das Nachdenken über Alternativen auf der globalen Ebene stattfinden, auf der die heutigen Abhängigkeiten einst entstanden sind.

Reparationsforderungen, die nicht auf einzelne Nationalstaaten beschränkt sind, sondern das Ergebnis eines kollektiven Kampfes in der Karibikregion darstellen, machen ebenfalls deutlich, dass die Erfahrungen von Zentren und Peripherien nur als Gesamtbild betrachtet werden können, wenn ihre gemeinsame, verwobene Geschichte aufgearbeitet werden soll. Dass dabei die Geschichte der Karibik zugleich europäische und US-amerikanische Geschichte ist, bedeutet zum einen, dass die Welt noch nie postkolonial war, zum anderen, dass sich uns ihre Bedeutung erst erschließt, wenn die Geschichte und Gegenwart kolonisierter Regionen zentraler Bestandteil der Analyse des kapitalistischen Systems werden. Als Beitrag von den und über die unerlässlichen »Anderen« der Moderne ist das Konzept der Kolonialität deshalb in besonderer Weise für die Analyse globaler Verflechtungen geeignet. Auf die hier

behandelten, heutigen kolonialen Abhängigkeiten aufmerksam zu machen bedeutet deshalb auch, den Fokus der Analyse von Kolonialität der Macht auf die Verschiebungen zu richten, die sich in unserem Verständnis von Dependenz ergeben, wenn heutige kolonisierte Gebiete systematisch in Betracht gezogen werden. Dass etliche Überseeterritorien Europas und der USA heute formale Kolonialverhältnisse bevorzugen, anstatt in eine partielle Unabhängigkeit entlassen werden zu wollen, die ihnen zwar eine Flagge, jedoch kaum Autonomie zugesteht, macht deutlich, dass Dependenz nicht punktuell aufgekündigt oder lediglich formell abgeschafft werden können. Vielmehr sind sie nach Jahrhunderten der Kolonisierung integrale Bestandteile einer von Kolonialität durchsetzten, verflochtenen Welt und somit nach wie vor aktuell. Erst wenn politische, ökonomische, institutionelle und epistemische Asymmetrien durch umfassende Reparationsmaßnahmen systematisch angegangen werden und ein Bewusstsein für anhaltende Dependenz im modernen/kolonialen Weltsystem Politikdiskurse und Entwicklungsprojekte prägt und zur Allgemeinbildung gehört, wird Dekolonisierung zur globalen Systemtransformation werden.

## Literatur

- Best Citizenship (2019): Citizenship by investment became cheaper after 2017. URL: <https://best-citizenships.com/2019/10/22/citizenship-by-investment-became-cheaper-after-2017/>, Zugriff: 22.10.2019.
- Bhabha, Homi K. (1990): DissemiNation: time, narrative, and the margins of the modern nation. In: Bhabha, Homi (Hg.): *Nation and Narration*. London: 291-322.
- Boatcă, Manuela (2016): Kapital aus Staatsbürgerschaft und die globale Strukturierung des Nationalen. In: Bude, Heinz / Staab, Philipp (Hg.): *Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen*. Frankfurt/M.: 137-153.
- (2019): Coloniality of Citizenship and Occidental Epistemology. In: *Dversia*. Sonderheft Decolonial Theory & Practice in Southeast Europe. 3(19): 55-77.
- Bonilla, Yarimar (2015): *Non-Sovereign Futures. French Caribbean Politics in the Wake of Disenchantment*. Chicago. DOI: <https://doi.org/10.7208/chicago/9780226283951.001.0001>.
- Cardoso, Fernando Henrique (1985): *Estado y Sociedad en América Latina*. Buenos.
- CARICOM Reparations Commission (2014): The Caricom Reparations Commission Ten Point Action Plan. URL: <http://caricomreparations.org/caricom/caricoms-10-point-reparation-plan>, Zugriff: 10.5.2019.
- Castro-Gómez, Santiago (2002): The Social Sciences, Epistemic Violence, and the Problem of the Invention of the Other. In: *Nepantla: Views from South* 3(2): 269-285.
- Corpocrat (2018): New Moldova Citizenship by Investment Program. URL: <https://corpocrat.com/2018/07/13/new-moldova-citizenship-by-investment-program-mcbi>, Zugriff: 11.09.2019.
- Džankić, Jelena (2012): *The pros and cons of ius pecuniae: investor citizenship in comparative perspective*. EUI Working Paper RSCAS 2012/14. European University Institute. Florence.
- Frank, André Gunder (1969): Die Entwicklung der Unterentwicklung. In: Frank, André Gunder / Marini, Mauro / Vitale, Luis (Hg.): *Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus*. Berlin: 30-45.
- Government of Anguilla London Office (2017): Anguilla & Brexit. Britain's Forgotten EU Border. URL: <https://westindiacommittee.org/wp-content/uploads/2017/06/The-White-Paper-on-Anguilla-and-Brexit-1.pdf>, Zugriff: 15.12.2019.
- Grosfoguel, Ramón / Cervantes-Rodríguez, Margarita / Mielants, Eric (2009): Introduction. Caribbean Migrations to Western Europe and the United States. In: dies. (Hrsg.): *Caribbean Migration to Western*

- Europe and the United States. Essays on Incorporation, Identity, and Citizenship.* Philadelphia: 1-17.
- Investment Migration Insider (2019): Dominica CIP Approved 2,100 Applications in Last 12 Months, Likely a World Record. URL: <https://www.imidaily.com/caribbean/dominica-cip-approved-2100-applications-in-last-12-months-likely-a-world-record>. Zugriff: 22.12.2019.
- Henley&Partners (2019): Henley Passport Index and Global Mobility Report. *Henleyglobal.com*. URL: <https://www.henleyglobal.com/henley-passport-index>. Zugriff: 15.12.2019.
- Knight, Franklin W. / Palmer, Colin A. (Hg.) (1989): *The Modern Caribbean*. Chapel Hill.
- Lewis, Linden (Hg.) (2013): *Caribbean Sovereignty, Development and Democracy in an Age of Globalization*. New York. DOI: <https://doi.org/10.4324/9780203110317>.
- Marini, Rui Mauro (1969): Unterentwicklung und Revolution in Lateinamerika. Versuch einer marxistischen Interpretation. In: Frank, André Gunder / Marini, Mauro / Vitale, Luis (Hg.): *Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus*. Berlin: 45-66.
- Mignolo, Walter (2000): *Local Histories/Global Designs. Coloniality, Subaltern Knowledges, and Border Thinking*. Princeton.
- (2007): The Rhetoric of Modernity, the Logic of Coloniality and the Grammar of Decoloniality. In: *Cultural Studies*. 21(2-3): 449-513. DOI: <https://doi.org/10.1080/09502380601162647>.
- Mintz, Sydney (1978): Was the Plantation Slave a Proletarian? In: *Review. Journal of the Fernand Braudel Center*. II(1): 81-98.
- Prakash, Gyan (1994): Introduction: after colonialism. In: ders. (Hg.): *After colonialism: Imperial histories and postcolonial displacements*. Princeton: 3-18. DOI: <https://doi.org/10.2307/j.ctt7t242.4>.
- Quijano, Aníbal (2016): *Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika*. Wien.
- / Wallerstein, Immanuel (1992): Americanness as a Concept, or the Americas in the Modern World-System. In: *International Journal of the Social Sciences*. 134(4): 549-57.
- Rauhut, Claudia (2018): Mobilizing Transnational Agency for Slavery Reparations: The Case of Jamaica. In: *Journal of African American History*. 103(1-2): 133-162. DOI: <https://doi.org/10.1086/696334>.
- / Boatcă, Manuela (2019): Globale Ungleichheiten in der longue durée. Kolonialismus, Sklaverei und Forderungen nach Wiedergutmachung. In: Fischer, Karin/ Grandner, Margarete (Hg.): *Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch*. Wien: 94-108.
- Reuters (2012): *Passports ... for a Price*. URL: <http://www.reuters.com/article/2012/02/13/us-passport-idUSTRE81B05A20120213>, Zugriff: 22.12.2019.
- Statistik Austria (2019): Eingebürgerte Personen im Inland seit 2007 nach dem Rechtsgrund. URL: [http://statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bevoelkerung/einbuergierungen/index.html](http://statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/einbuergierungen/index.html), Zugriff: 22.12.2019.
- Tomich, Dale (1991) World Slavery and Caribbean Capitalism. In: *Theory and Society* 20(3): 297-319. DOI: <https://doi.org/10.1007/BF00213549>.
- Transparency International (2018): European Getaway: Inside the murky world of golden visas. URL: [https://www.transparency.org/whatwedo/publication/golden\\_visas](https://www.transparency.org/whatwedo/publication/golden_visas), Zugriff: 11.12.2019.
- Van Amersfoort, Hans / Van Niekerk, Mies (2006): Immigration as a colonial inheritance: Post-colonial immigrants in the Netherlands, 1945-2002. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 32(3): 323-346. DOI: <https://doi.org/10.1080/13691830600555210>.
- Vitale, Luis (1969): Ist Lateinamerika feudal oder kapitalistisch? Brauchen wir eine bürgerliche oder eine sozialistische Revolution. In: Frank, André Gunder/ Marini, Mauro/ Vitale, Luis (Hg.): *Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus*. Berlin: 67-91.
- Webber, Oscar (2019): The Plantation's Role in Enhancing Hurricane Vulnerability in the Nineteenth Century British Caribbean. URL: <http://www.alternautas.net/blog/2018/9/20/the-plantations-role-in-enhancing-hurricane-vulnerability-in-the-nineteenth-century-british-caribbean>, Zugriff: 15.12.2019.